

4 Antisemitische, rechtsextreme und rassistische Wahrnehmungen

Polis*, die Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf veröffentlicht jährliche Auswertungen aus dem „Verzeichnis zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“. Die ersten beiden Auswertungen für die Jahre 2008 und 2009 liegen mittlerweile vor. Neben anzeigenrelevanten Vorfällen werden im Verzeichnis Beleidigungen, Pöbeleien und Bedrohungen aufgenommen, die nicht zur Anzeige gebracht werden. Weitere Bereiche sind die Dokumentation von rechtsextremer Propaganda, die Präsenz von Rechtsextremisten auf öffentlichen Plätzen sowie bei Veranstaltungen. Bedingt durch die Struktur des Verzeichnisses werden nur die von den beteiligten bezirklichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeldeten Vorfälle dokumentiert; folglich kann es nur einen unvollständigen Überblick geben.

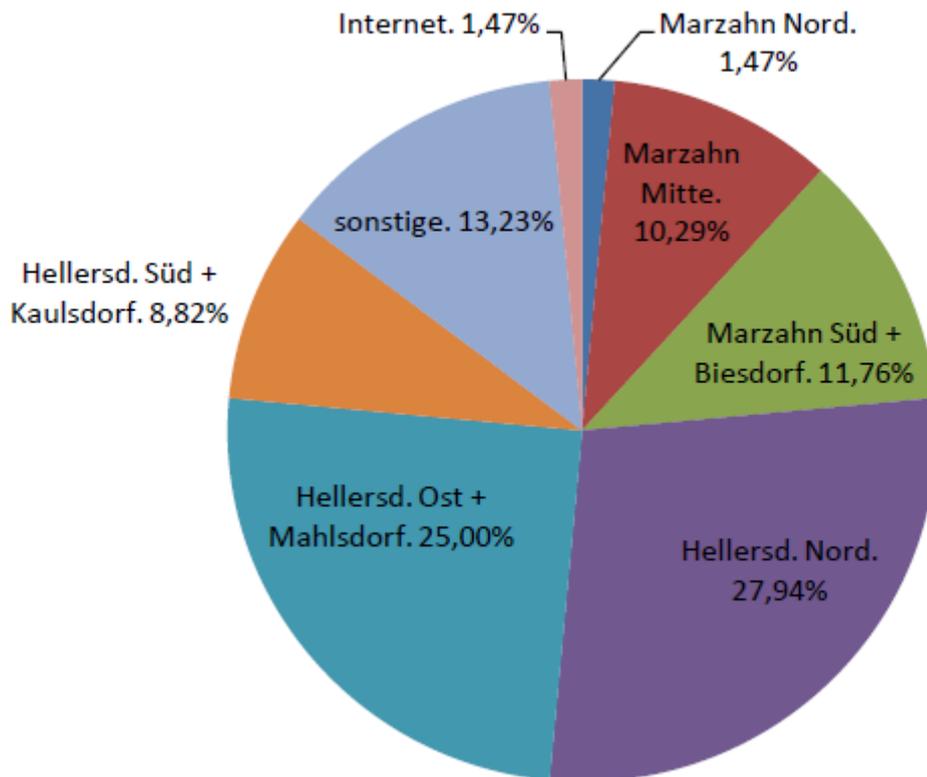


Abbildung 6: Aufteilung der verzeichneten rechtsextremen Aktivitäten nach Stadtteilen

Der Bericht für das Jahr 2009 berichtet insgesamt 68 Vorfälle, was im Vergleich zu 2008 einen Rückgang um 27 rechtsextreme Aktivitäten bedeutet.² Nach Stadtteilen geordnet, dominieren Hellersdorf-Nord mit knapp 28% der gemeldeten Aktivitäten und Hellersdorf-Ost und Mahlsdorf mit 25%. Vor diesem Hintergrund ist die Konzentration der Aktivitäten innerhalb des Lokalen Aktionsplans auf die Stadtteile Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost sinnvoll.

Allerdings ist zu bedenken, dass im Vorjahr Marzahn-Süd noch der Stadtteil mit den meisten gemeldeten Vorfällen war. Die großen Schwankungen können dadurch erklärt werden, dass:

- die Grundgesamtheit der gemeldeten Vorfälle keine Stärke erreicht, die ausreichend wäre, für statistisch valide Aussagen;
- die Aufmerksamkeit der Bevölkerung bzw. gesellschaftlichen Akteure nachgelassen hat gegenüber 2008, dem Jahr der Einführung des Verzeichnisses;
- Diskriminierungen, Demütigungen und Beleidigungen mittlerweile zur Alltagsrealität gehören und gleichsam als „selbstverständlich“ hingenommen werden – auch von den Betroffenen.

In Bezug auf die inhaltliche Zuordnung dominieren die Aktivitäten rechtsextremer Selbstdarstellung mit 8 gemeldeten Vorfällen in Hellersdorf-Nord und 7 Vorfällen in Hellersdorf-Ost. Den zweiten Platz der Vorkommnisse belegt die Verharmlosung des Nationalsozialismus mit 7 gemeldeten Ereignissen in Hellersdorf-Nord und 6 in Hellersdorf-Ost. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die Verharmlosung des Nationalsozialismus im Bezirk Marzahn-Hellersdorf die einzige Aktivität ist, die im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat (der Anteil ist um zehn Prozentpunkte auf 25% gestiegen).

² Das Verzeichnis meldet bis Anfang Oktober für das Jahr 2010 für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf 38 Vorfälle. Eine Anzahl, die sich im Übrigen mit den Beobachtungen der Chronik des Antifaschistischen Bündnisses Marzahn-Hellersdorf in etwa deckt (<http://amh.blogspot.de/>). Folglich ist bis zum Jahresende damit zu rechnen, dass die für 2010 gemeldeten Vorkommnisse im Vergleich zum Vorjahr erneut rückläufig sein werden.

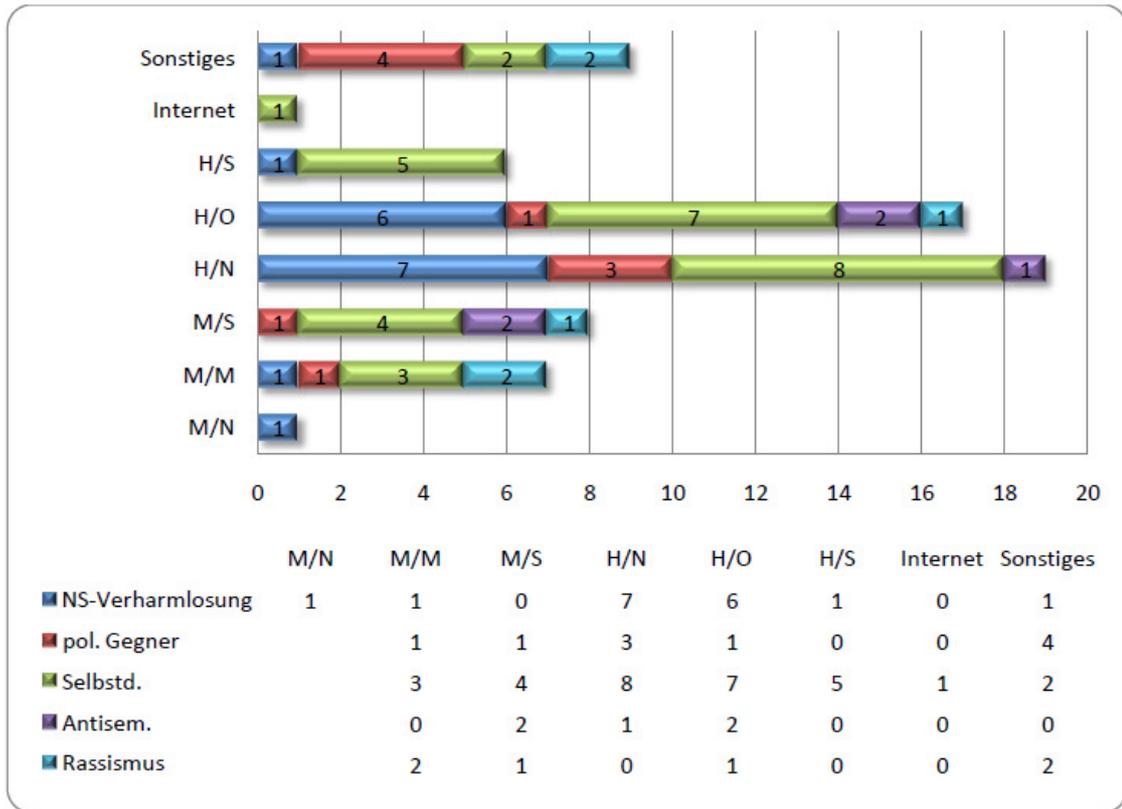


Abbildung 7: Inhaltliche Zuordnung von rechtsextremen Aktivitäten nach Stadtteilen

Im Rahmen der Situationsanalyse haben wir eine geografische Aufteilung der Vorkommnisse vorgenommen und anhand der Karten der Stadtteile Hellerdorf-Nord und -Ost dokumentiert (Siehe S. 35 und S. 36, Vorkommnisse sind mit braunen Fähnchen markiert, die rote Schraffierung weist auf eine Kumulation sozialer Problemlagen hin). In diesem Zusammenhang wäre zu wünschen, dass künftig in die Chronik der Vorfälle noch präziser die Straßen und Plätze aufgenommen werden, wo die Vorkommnisse passieren. In die Auswertung konnten daher nur diejenigen Geschehnisse aufgenommen werden, für die eine genaue geographische Angabe vorlag.

In Hellersdorf-Nord ist eine klare Konzentration auf den Sozialraum 15 festzustellen; dies ist der Bereich, in dem sich die Alice Salomon Hochschule, das Rathaus und die Helle Mitte befinden. Auffällig ist auch eine Bündelung an den U-Bahnhöfen Hellerdorf, Louis-Lewin-Straße und Cottbusser Platz.

Diese Konzentration hat eine Reihe von Ursachen und ist zum einen darauf zurückzuführen, dass bestimmte öffentliche Räume wie U-Bahnstationen Anziehungspunkte für rechtsextreme Aktivitäten darstellen. Auf der anderen Seite sind die zivilgesellschaftlichen Akteure rund um die Alice Salomon Hochschule aufmerksamer und melden eher diese Vorfälle. Zudem dürfte die Alice Salomon Hochschule eine Herausforderung für Rechtsextreme darstellen, weil sie dort politische Gegner vermuten. Abgesehen von der Konzentration an den U-Bahnhöfen und im Sozialraum 15 ist berichtenswert, dass

auch aus der Mitte des Sozialraums 13 Aktivitäten vermeldet wurden, in dem eine höhere Dunkelziffer zu vermuten ist.

In Hellersdorf-Ost ist die Konzentration nicht so deutlich im Vergleich zu Hellersdorf-Nord. Erwähnenswert ist, dass Plätze wie der Regine-Hildebrandt-Park und der Mascha-Kaleko-Park anfällig für Aktivitäten extremer Rechter sind.

Der Bericht des Polizeipräsidenten über politisch motivierte Gewalt bestätigt für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Gegensatz zur Wahrnehmung vieler Akteure vor Ort keinen Rückgang rechtsextrem motivierter Kriminalität. Zwar hat die Zahl der erfassten Kriminalfälle von 141 im Jahr 2006 auf 119 im Jahr 2009 abgenommen, verharrt aber in etwa auf dieser Höhe in den Jahren 2007 und 2008. Insbesondere bei den Propagandadelikten ist seit 2007 eine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen.

Um die Delikte in Marzahn-Hellersdorf mit Berlin vergleichbar zu machen, wurden sie jeweils auf 10.000 EinwohnerInnen bezogen. In Berlin ist seit 2006 ein kontinuierlicher Rückgang von 5,6 Delikten je 10.000 EinwohnerInnen auf 3,7 zu beobachten. In Marzahn-Hellersdorf entsprach die rechte Delinquenz im Jahr 2006 dem Berliner Landesdurchschnitt und liegt seither darüber, im letzten Jahr der Beobachtung sogar deutlich.

Folglich kann für den Bezirk insgesamt nicht von einem tatsächlichen Rückgang rechter Delikte ausgegangen werden, jedenfalls nicht in dem betrachteten Zeitraum. Möglicherweise wird die Wahrnehmung der Akteure auch durch die Anzahl der Gewaltdelikte beeinflusst, die zahlenmäßig nicht mehr stark ins Gewicht fällt.

Tabelle 22: Politisch motivierte Kriminalität – rechts. Berlin und Marzahn-Hellersdorf

		absolut		pro 10.000 Einwohner	
		Berlin	Marzahn-Hellersdorf	Berlin	Marzahn-Hellersdorf
PMK rechts	2006	1.914	141	5,6	5,6
	2007	1.456	114	4,3	4,6
	2008	1.408	115	4,1	4,6
	2009	1.261	119	3,7	4,9
Gewaltdelikte	2006	96	5		
	2007	67	12		
	2008	92	10		
	2009	65	5		
Propagandadelikte	2006	1.330	111		
	2007	980	70		
	2008	928	85		
	2009	873	95		
Sonstige	2006	488	25		
	2007	409	32		
	2008	388	20		
	2009	323	19		

Quellen: Polizeipräsident (2008/2010)

HELLERSDORF- NORD



PLANUNGSRÄUME IM STADTTIEL

- 12. Alte hellersdorfer Straße
- 13. Gut Hellersdorf
- 14. Helle Mitte
- 15. Hellersdorfer Promenade
- 16. Böhlener Straße

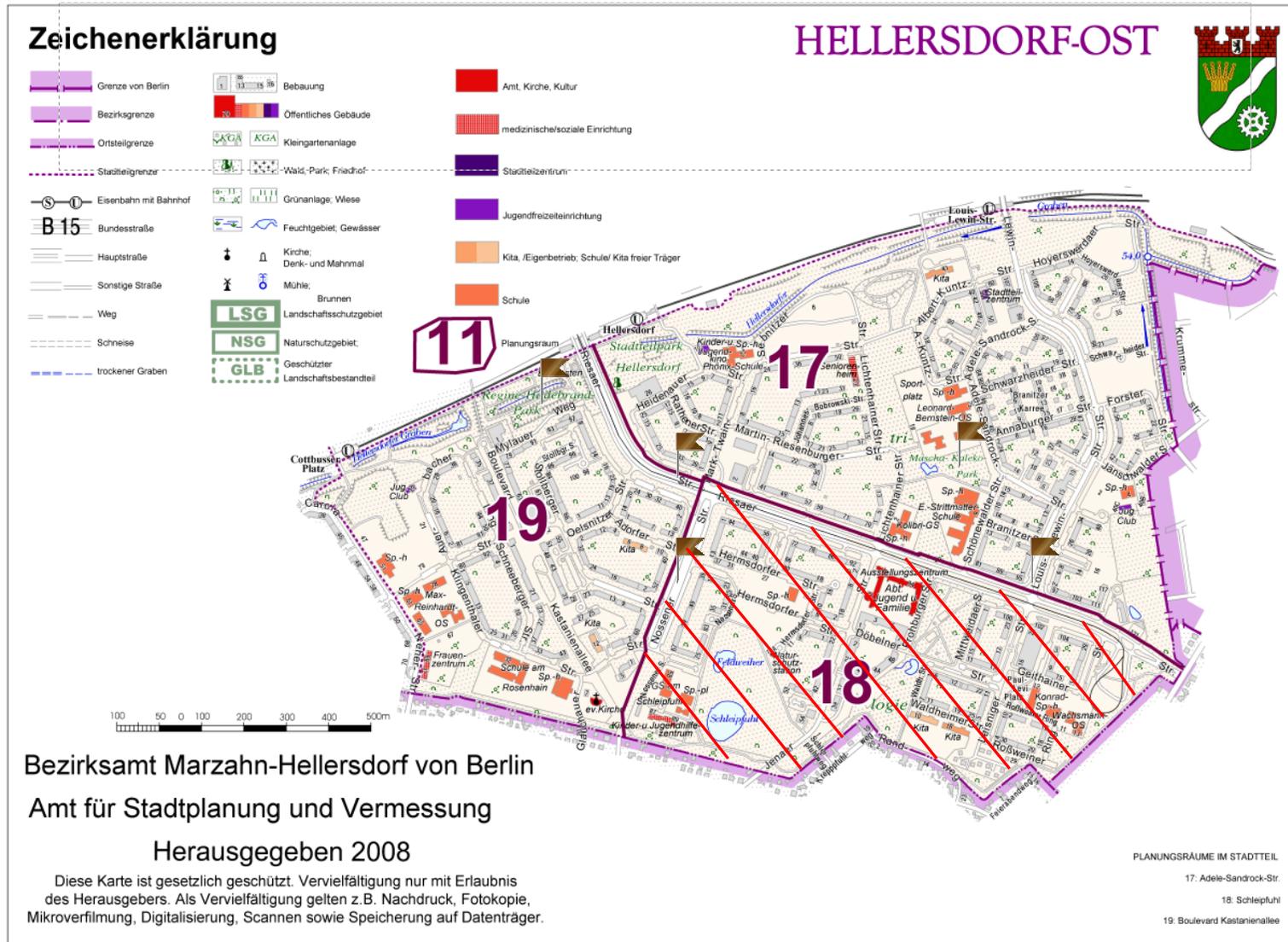
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin
 Amt für Stadtplanung und Vermessung
 Herausgegeben 2008

Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigung nur mit Erlaubnis des Herausgebers. Als Vervielfältigung gelten z.B. Nachdruck, Fotokopie, Mikroverfilmung, Digitalisierung, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.



Zeichenerklärung

	Grenze von Berlin		Bebauung
	Bezirksgrenze		Öffentliches Gebäude
	Ortsteilgrenze		Kleingartenanlage
	Stadtteilgrenze		Wald, Park, Friedhof
	Eisenbahn mit Bahnhof		Grünanlage, Wiese
	Bundesstraße		Feuchtgebiet, Gewässer
	Hauptstraße		Kirche, Denk- und Mahmal
	Sonstige Straße		Mühle
	Weg		Brunnen
	Schneise		Landschutzschutzgebiet
	trockener Graben		Naturschutzgebiet
			Geschützter Landschaftsbestandteil



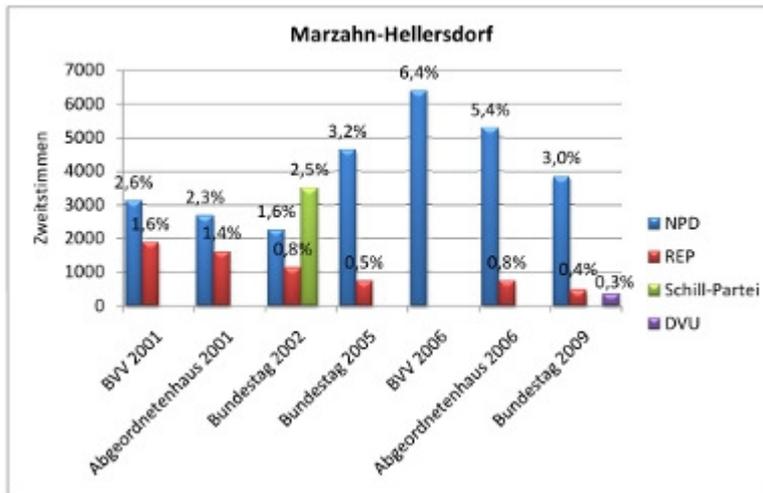
5 Analyse des Wahlverhaltens in Marzahn-Hellersdorf

Analysiert man die Entwicklung des Potentials „rechter“ Wählerstimmen bei den verschiedenen Wahlen der letzten Jahre bezogen auf das Land Berlin, den Bezirk Marzahn-Hellersdorf und das Untersuchungsgebiet Hellersdorf-Nord/-Ost, lässt sich folgendes konstatieren:

Von 2001 bis 2009 ist der prozentuale Anteil der rechten Wählerschaft stetig gestiegen. Dies betrifft die BVV-Wahlen sowie die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Zweitstimmen). Im Bezirk fallen die Ergebnisse jeweils höher aus als in Gesamtberlin, und die Ergebnisse in den Großsiedlungsgebieten des Untersuchungsgebietes liegen über denen des Gesamtbezirkes. Die Ergebnisse der letzten zwei Bundestagswahlen in den Jahren 2009 und 2005 schwankten mitunter zwischen den Parteien des rechten Spektrums, blieben dabei aber im Gesamtergebnis der Zweitstimmen konstant (Bezirk) bzw. nahmen in Teilen des Untersuchungsgebiets auch zu. In Gesamtberlin ging der rechte Stimmenanteil derweil zurück.

Der Begriff der „rechten Wählerstimmen“ umfasst die Parteien „Offensive D“, „Die Republikaner“, „Die Deutsche Volksunion“ und die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“.

Die Berliner Offensive D (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) war eine rechtspopulistische Kleinpartei in Deutschland, die von 2000 bis 2007 existierte und auch in Berlin antrat. Es handelt sich um eine Abspaltung der sogenannten „Schill-Partei“ aus Hamburg. Deren Wahlprogramm rechtfertigte die Zuordnung als Wählerstimme von „rechts“ (ohne eine Gleichsetzung der hier aufgeführten Parteien implizieren zu wollen). Ihre Ergebnisse bewegten sich im Untersuchungszeitraum ohnehin im Promillebereich, und ihr Fehlen würde das Gesamtergebnis der Untersuchung nicht beeinflussen.



Quelle: bv.vdk-berlin.de

Abbildung 8: Rechtes Wahlverhalten in Marzahn-Hellersdorf

Die NPD verfügt im Bezirk wie insbesondere im Untersuchungsgebiet über die größte Wählerschaft, weswegen wir deren Wahlergebnisse nachfolgend noch einmal gesondert analysieren werden. Unabhängig von der Stimmenverteilung zwischen den rechten Parteien und deren jeweiligen Wahlergebnissen lässt die Entwicklung des Wahlverhaltens im Bezirk eine wachsende Abkehr vom System der parlamentarischen Demokratie erkennen. Darauf deutet die sinkende Wahlbeteiligung bei gleichzeitigem Anstieg der Wählerschaft der offen neonazistisch und demokratiefeindlich agierenden NPD hin. Auch das Absenken des Wahlalters für die BVV-Wahlen, also eine größere Anzahl an Wählerinnen und Wählern, hat eine geringere Wahlbeteiligung nicht verhindern können und das Wählerpotenzial dieser offen rechtsextremistischen Partei sogar noch vergrößert.

5.1 Die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung in Berlin 2001 und 2006

Neben rund 2,4 Millionen Berlinerinnen und Berlinern mit deutscher Staatsangehörigkeit waren zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) ab dem Jahr 2001 circa 60.000 Bürgerinnen und Bürger mit einer Zugehörigkeit zu anderen Staaten der Europäischen Union (EU) wahlberechtigt. Die meisten EU-BürgerInnen mit einer anderen Staatsangehörigkeit (als der deutschen) konnten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf die BVV mitwählen: nämlich über 11.000; die wenigsten – gut 650 – in Marzahn-Hellersdorf.

In Zahlen lässt sich für alle zu den BVV-Wahlen 2001 angetretenen rechten Parteien feststellen:

- In **Berlin** lag das Gesamtergebnis der zur Wahl angetretenen rechten Parteien bei den BVV-Wahlen im Jahr 2001 bei 2,3 % im Jahr 2006 deutlich höher bei 3,2 %.

- Im **Bezirk Marzahn-Hellersdorf** lag das Gesamtergebnis der kandidierenden rechten Parteien bei den BVV-Wahlen im Jahr 2001 bei 4,2 %, im Jahr 2006 bereits bei 6,9 %.
- In **einigen Wahlkreisen des Untersuchungsgebietes** lag das Gesamtergebnis der kandidierenden rechten Parteien bei den BVV-Wahlen insbesondere im Jahr 2006 deutlich über dem Bezirksdurchschnitt.

Die Offensive D trat im Jahr 2001 nicht an; im Jahr 2006 erhielt sie in Berlin 0,3 % und in Marzahn-Hellersdorf 0,5 % der Wählerstimmen. Zusammengenommen erhielten die Republikaner und die NPD bei der BVV-Wahl 2001 ca. 5.000 Stimmen. 2006 erhielt die NPD alleine 6.384 Stimmen, was mehr als eine Verdoppelung ihrer Stimmen und eine Erhöhung der Stimmen beider Parteien um 20% bedeutet.

Am 17. September 2006 fand die Wahl zum 16. Abgeordnetenhaus von Berlin sowie zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen statt. Bei den Wahlen zu den BVVen im Jahr 2006 erreichte die NPD mit 6,4 % in Marzahn-Hellersdorf drei Mandate. Absprachegemäß trat bei den Wahlen in Berlin 2006 nur die NPD an. Bedingung für den Wahlverzicht der DVU war die Öffnung der NPD-Landesliste für DVU-BewerberInnen. Bei den BVV-Wahlen erreichte die NPD in allen Bezirken ein besseres Ergebnis als bei den gleichzeitig stattfindenden Abgeordnetenhauswahlen. Möglicherweise ist dies auf eine fehlende Konkurrenz durch die Republikaner oder auf taktisches Wahlverhalten zurückzuführen, da ein Einzug der NPD in eine BVV wegen der 3-Prozent-Hürde wahrscheinlicher war als der Einzug in das Abgeordnetenhaus mit einer 5-Prozent-Hürde. Zudem waren bei den BVV-Wahlen aufgrund der niedrigeren Altersgrenze von 16 Jahren mehr JungwählerInnen wahlberechtigt.

5.2 Die Abgeordnetenhauswahlen (Zweitstimmen) 2001 und 2006 im Vergleich

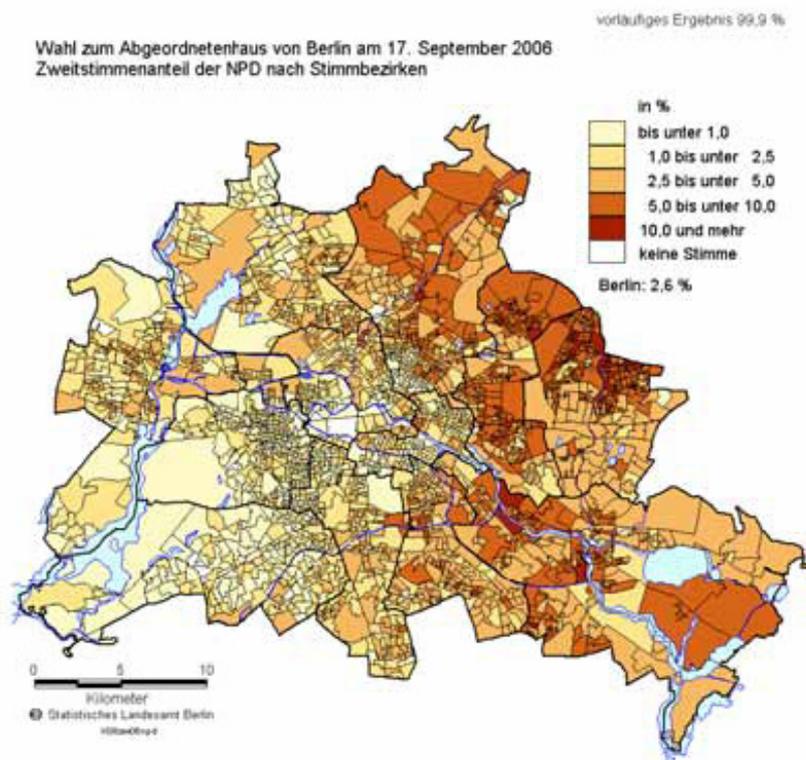
Um die Ergebnisse von NPD und Republikanern bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 und 2006 auf Bezirksebene in Marzahn-Hellersdorf besser miteinander vergleichen zu können, lassen wir die Wählerstimmen für die im Jahr 2001 nicht kandidierende „Offensive D“ an dieser Stelle außen vor und stellen zusammenfassend fest: Die NPD verdoppelte ihr Ergebnis bei der Abgeordnetenhauswahl gegenüber 2001 auf 5.274 Stimmen, während die Zweitstimmen für die Republikaner von 1.608 im Jahr 2001 auf 741 bei der Wahl 2006 sanken.

5.3 Analyse der Ergebnisse von NPD und „Die Republikaner“ bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006

Durch Absprachen kandidierte zur Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf nur die NPD. In allen anderen Bezirken traten beide Parteien zur Abgeord-

netenhauswahl an. Die NPD konnte bei der Abgeordnetenhauswahl ihren Wählerstimmenanteil in allen Bezirken erhöhen, scheiterte jedoch klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Die NPD steigerte ihren Zweitstimmenanteil auf 2,6 % im Vergleich zu 0,9 % bei der Abgeordnetenhauswahl 2001. Die NPD erreichte in zwei Bezirken mehr als 5 Prozentpunkte. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in Marzahn-Hellersdorf mit 5,4 %.

Während die Republikaner im Vergleich zu den Wahlen 2001 landesweit über 7.500 Stimmen (Wahlen zu den BVVen) bzw. fast 10.000 Zweitstimmen (Wahl zum Abgeordnetenhaus) verloren, gewann die NPD deutlich hinzu. Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, zu denen sie 2006 nur in fünf Bezirken antrat, verdoppelte die NPD ihr Wahlergebnis von 12.777 (2001) auf 25.577 (2006) Stimmen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus konnte sie ihr Ergebnis von 15.110 (2001) um über 20.000 Zweitstimmen auf 35.162 steigern. Bei den Zweitstimmen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006 verloren die Republikaner im Vergleich zu 2001 durchweg an Stimmen, während die NPD durchweg deutliche absolute Zugewinne verbuchen konnte. Die Republikaner konnten nur bei den Wahlen zur BVV, wo Republikaner und NPD nicht gegeneinander antraten, und nur in einem Bezirk (Pankow) nennenswert an Stimmen hinzu gewinnen. Demgegenüber gewann die NPD überall an Stimmen hinzu. Die meisten Zweitstimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewann die NPD in Marzahn-Hellersdorf 5.274 Stimmen (BVV-Wahl: 6.384 Stimmen).



Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Abbildung 9: Abgeordnetenhauswahl 2006: Zweitstimmenanteil NPD nach Stimmbezirken

5.5 Die Bundestagswahl 2009

Bei der Bundestagswahl trat im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein Kandidat der NPD als Direktkandidat an. Die NPD konnte 3,7 % der Erststimmen und 3,0 % der Zweitstimmen für sich gewinnen. Die Zweitstimmen gingen im Vergleich zu 2005 um 0,2 % zurück, die Erststimmen um 0,1 %. Die Gesamtwählerschaft für rechtsextreme Parteien blieb im Vergleich zu 2005 konstant bei 3,7 %. Im Wahlkreis 3 hingegen stiegen die Wählerstimmen für diese Parteien um 0,7 % auf insgesamt 3,9 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,3 %.

Tabelle 23: Rechtsextremes Wahlverhalten Berlin/Marzahn-Hellersdorf 2001-2009

Wahlen	2006		2001	
BVV-Wahl Berlin insgesamt	REP	1,1 %	REP	1,5 %
	NPD	1,8 %	NPD	0,8 %
	Offensive D	0,3 %		
	Gesamt:	3,2 %	Gesamt:	2,3 %
BVV-Wahl Bezirk Marzahn-Hellersdorf	Offensive D	0,5 %	REP	1,6 %
	NPD	6,4 %	NPD	2,6 %
	Gesamt:	6,9 %	Gesamt:	4,2 %
Abgeordnetenhauswahl Zweitstimmen Berlin insgesamt	REP	0,9 %	REP	1,3 %
	NPD	2,6 %	NPD	0,9 %
	Offensive D	0,1 %		
	Gesamt:	3,6 %	Gesamt:	2,2 %
Abgeordnetenhauswahl Zweitstimmen Bezirk Marzahn-Hellersdorf	REP	0,8 %	REP	1,4 %
	NPD	5,4 %	NPD	2,3 %
	Offensive D	0,3 %		
	Gesamt:	6,5 %	Gesamt:	3,7 %
Wahlen	2009		2005	
Bundestagswahl Zweitstimmen Berlin insgesamt	REP	0,3 %	REP	0,5 %
	NPD	1,6 %	NPD	1,6 %
	DVU	0,1 %		
	Gesamt:	2 %	Gesamt:	2,1 %
Bundestagswahl Bezirk Marzahn-Hellersdorf Zweitstimmen	REP	0,4 %	REP	0,5 %
	NPD	3,0 %	NPD	3,2 %
	DVU	0,3 %		
	Gesamt:	3,7 %	Gesamt:	3,7 %

5.6 Fazit

Räumliche Schwerpunkte rechtsextrem motivierter Gewalttaten liegen – sowohl hinsichtlich der Tatorte als auch der Wohnorte der TäterInnen – in den Stadtbezirken, in denen rechtsextreme Parteien ihre besten Wahlergebnisse erzielten. Staatliche wie gesellschaftliche Akteure charakterisieren die Verbände der extrem rechten Parteien

im Bezirk als personal- und strukturschwach. Insofern sind diese Parteien im Bezirk eher als Nutznießer eines „rechten“ Wählerpotentials und weniger als dessen Initiator zu betrachten. Der Umstand, dass sich hier Tatorte, Täterwohnorte, rechtsextreme Wählerhochburgen und Gewalttaten im öffentlichen Raum feststellen lassen, lässt darauf schließen, dass VertreterInnen einer (auch gewalttätig umgesetzten) rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Ideologie die soziale Kontrolle durch ihr Wohnumfeld nicht zu fürchten glauben bzw. sich in Übereinstimmung mit einer lokal dominanten (schweigenden) Mehrheit sehen.³

³ Vgl.: Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration, Analyse der Ergebnisse von NPD und „Die Republikaner“ bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006.

6 Auswertung der Experteninterviews

6.1 Sind die Probleme in den letzten Jahren zurückgegangen oder haben Sie zugenommen?

Einhellig vertraten die befragten Expertinnen und Experten die Auffassung, dass politisch motivierte rechte Straftaten in ihrer kriminellen Form rückläufig seien. Das entschlossene Handeln der Akteure – sei es die Politik, die Zivilgesellschaft oder die Polizei – habe dazu geführt, dass offene Übergriffe seltener geworden seien. Der organisierte Rechtsextremismus habe zurückgedrängt werden können oder sei durch interne Streitigkeiten oder organisatorisches Unvermögen auf dem Rückzug. Auch seien offen auftretende rechtsextreme Jugendliche nicht mehr so stark erkennbar. Der Rückgang der öffentlichen Sichtbarkeit extremer Rechter im öffentlichen Raum sei auf die Repression und den Verfolgungsdruck durch die Polizei zurückzuführen. Dazu habe aber auch das Klima an den Schulen beigetragen, wo es weniger Toleranz für extreme Rechte gebe, deren Haltungen nicht mehr akzeptiert werden. Schließlich sei der Druck an den Schulen gesunken, sich gemäß den Dresscodes zu kleiden, und die Dresscodes selbst seien subtiler geworden.

Problematisch sei aber die Zunahme von Alltagsrassismus, Diskriminierung, rechter Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der zunehmende Alltagsrassismus und das Vorhandensein entsprechender latenter Haltungen sei kein Jugendproblem, sondern betreffe die „Mitte der Gesellschaft“.

Wenn jedoch rechte Gewalt auftrete, dann sei sie sehr brutal. Die Wahrnehmung bzw. die Sensibilität der Gesellschaft gegenüber rechter Gewalt habe zugenommen.

6.2 Was sind die Ursachen für die beschriebene Entwicklung?

Als Ursachen für den Rückgang manifester rechter Übergriffe und Erscheinungen werden genannt:

- Der Kleidungsstil Rechtsextremer habe sich gewandelt; eine eindeutige Identifizierung falle schwerer.
- Die Sensibilisierung der Politik sei gelungen, und der Bezirk gehe entschlossen gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor. Die Einrichtung von Polis*, die Arbeit der Integrationsbeauftragten und des Quartiersmanagements zeigten Früchte, ebenso die Teilnahme am Lokalen Aktionsplan. Das Fazit einer Akteurin in Bezug auf öffentlich in Erscheinung tretende Phänomene der genannten Art lautet: „Wir haben uns entschlossen und kämpferisch diesen Problemen gestellt.“

- Schließlich sei es gelungen, ein breites Bündnis gesellschaftlicher Akteure zu schaffen, das die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“ getragen habe. In die gleiche Richtung wirkten zwei Schulprojekte („Schulen ohne Rassismus“) im Bezirk. Die Netzwerkbildung sei im Bezirk gelungen. Das bewirke, dass extrem rechte Haltungen nicht gesellschaftsfähig seien.
- Die Bevölkerung erlebe zunehmend die Vielfalt von Kulturen als Chance, und die Sensibilität gegenüber Übergriffen sei gewachsen.
- Die Rückdrängung manifester Formen von Rechtsextremismus sei durch Repression und Verfolgungsdruck gelungen.
- Die Entwicklung sei der Erfolg von Projekten in Kitas zum Themenkreis Partizipation und Toleranz. Zudem gebe es gute präventive Arbeit in den Schulen, Freizeiteinrichtungen und allen Einrichtungen, die mit Jugendlichen arbeiten.
- Extrem rechte Haltungen seien auch Ausdruck eigener Unsicherheit und Ängste. Möglicherweise gebe es auch bei extremen rechten Jugendlichen die Einsicht, dass sie an einer Integration in Staat und Gesellschaft nicht vorbei kommen, wenn sie ihr Leben mit Familie, Ausbildung und Beruf in den Griff bekommen wollen. Diejenigen, die nach der Wende als Rechtsextremisten auffällig wurden, seien mittlerweile über 40 Jahre alt geworden, hätten Kinder und lebten unauffällig ein spießiges Leben.
- Als weiterer Grund für den Rückgang manifester Formen von Rechtsextremismus wurde der Anstieg des Durchschnittsalters im Bezirk genannt, so dass das Potential extremer rechter Jugendlicher zahlenmäßig geringer sei.

Als Gründe für die Zunahme von Alltagsrassismus wurden genannt:

- verschlechterte Lebenslagen für junge Familien;
- zunehmende Altersarmut;
- die bundesweite - aus dem Ruder gelaufene - Integrationsdebatte.

6.3 Welche Zielgruppen müssen angesprochen werden?

Um präventiv wirken zu können, müsse bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung angesetzt werden, so die einhellige Meinung der befragten Expertinnen und Experten. In den Kitas müsse Toleranz-Training durchgeführt werden. Neben den Kindern in Kitas und Schulen müssten auch die Eltern angesprochen werden. Ein besonderer Schwerpunkt sei auf das Thema Demokratieentwicklung zu legen. Um verfestigten Haltungen beizukommen, müssten außerdem auch ältere Menschen stärker in den Blick genommen werden.

Zudem seien natürlich die Profis in den Blick zu nehmen, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken (z.B. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen und kulturellen Einrichtungen). Entsprechende

Fortbildungen seien wichtig, was bereits beim Lokalen Aktionsplan Marzahn-Mitte klar geworden sei. Wünschenswert wäre, wenn die Ausbildung der betroffenen Berufsgruppen in dieser Hinsicht verbessert würde. Wichtig sei auch der Einbezug von Wohnungsbaugesellschaften, die über die nötigen Kontakte zu Mieterinnen und Mietern verfügten.

Einige Expertinnen und Experten wiesen darauf hin, dass auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht frei von Ressentiments sei; bspw. sei bei den SpätaussiedlerInnen ein latenter Antisemitismus vorhanden.

Problematisiert wurde, dass Jugendliche zunehmend eigene Wohnungen als Treffpunkte nutzen würden, so dass sie für soziale Arbeit nicht „greifbar“ seien.

6.4 Wo konzentrieren sich die Probleme geografisch?

Die höchste Nennung erreicht hier der Sozialraum Helle Mitte; dort sei eine Massierung von Gewaltposen und Übergriffen zu beobachten. Generell sei eine Massierung von Problemen in den Großraumsiedlungen zu beobachten, auch wenn die Reihensiedlungen nicht frei von Problemen seien. Weiterhin wurden die Sozialräume Hellersdorfer Promenade und Alte Hellersdorfer Straße genannt.

Zudem wurde betont, extrem rechte Haltungen seien in den „Wohnzimmern“ anzutreffen.

6.5 Gibt es so genannte Angsträume und/oder Situationen, die sich geografisch zuordnen lassen?

Neben Helle Mitte (insbesondere Alice-Salomon-Platz) wird das Spreecenter genannt. Aber auch die U-Bahnhöfe (Hellersdorf, Cottbusser Platz und Louis-Lewin-Straße) gelten als Angsträume. Vorfälle entlang der Straßenbahnlinien seien rückläufig. Potentiell seien auch 24h-Imbissbuden solche Angsträume, da an diesen Treffpunkten ausländische und antidemokratische Äußerungen nicht selten seien. Als Beispiel wurde der Döner-Imbiss hinter dem Beratungshaus XXL genannt. Generell seien unkontrollierte und menschenleere Räume betroffen. Wichtig sei es, dass Demokratinnen und Demokraten in solchen Räumen Präsenz zu zeigen. Dies sei auch das Ziel der Aktion „Schöner leben ohne Nazis“ gewesen.

Allerdings wurde auch geäußert, dass der Ruf von Hellersdorf schlechter sei als die Wirklichkeit und dass es – zumindest tagsüber – unproblematisch sei, als SchülerIn oder StudierendeR mit der U-Bahn anzureisen⁴. Die gefühlte Bedrohung sei stärker als die tatsächliche.

⁴ Bezüglich der Sicherheit tagsüber ist anzumerken, dass alltagsrassistische Verhaltensweisen durchaus offen zutage treten und die Täter gar nicht den Schutz der Dunkelheit suchen. Die meisten gemeldeten Vorfälle passieren tagsüber. Insofern kann der Schutz des Tageslichtes ein trügerischer sein.

6.6 Wie sind die Akteure, wie ist der Bezirk mit Lösungsmöglichkeiten ausgestattet?

Von vielen Befragten werden knappe Mittel im Bezirk problematisiert, insbesondere im Jugendbereich sei ein Abbau an Mitteln zu beklagen. Es sei wichtig, die Grundstruktur der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Dennoch sei der Bezirk mit einer Reihe von Ressourcen ausgestattet (http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamazahnellersdorf/publikationen/jugendamt/regionaledienste/regionaler_dienst_3.pdf?start&ts=1291804236&file=regionaler_dienst_3.pdf):

- Polis* – Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf (http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/migrba_polis.html)
- Lokaler Aktionsplan Marzahn-Mitte, jetzt auch Hellersdorf Nord und -Ost (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/jugend/lap.html>)
- Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade: (<http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Hellersdorfer-Promenade.83.0.html>)
- Schulen mit eigener Mittelausstattung
- Stadtteilzentren: (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/soziales/weiterdienste.html>)
- Kinder- und Jugendhilfezentren, Jugendfreizeiteinrichtungen (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/jugend/region4-kjhz.html>) (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/jugend/region6-jfe.html>)
- MigrantInnenbeirat: (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/haushalt/migrantenbeirat.html>)
- pad e.V.: (<http://www.berlin.de/bamazahn-hellersdorf/verwaltung/jugend/kita-pad.html>)
- SprachmittlerInnen, die in Kitas eingesetzt werden

Als einzelne Projekte werden aufgeführt:

- „Reiseratten-Projekt“ für Kitas: mehrtägiger Workshop, bei dem die Kinder auf eine imaginäre Reise in ein fremdes Land mitgenommen und Gerichte des „besuchten“ Landes gekocht werden
- Schule ohne Rassismus: (<http://www.schule-ohne-rassismus.org/faq.html>)
- OSZ Gesundheit: „Aktion sichere Tür“: Schutz für Kinder bei Verfolgung/Mißhandlung

Die Einwirkungsmöglichkeiten des Bezirks auf die Schulen seien gering, da er nur für äußere Schulangelegenheiten zuständig sei, wie die Einrichtung der Gebäude. Folglich müsse der Bezirk über das Gespräch mit den SchulleiterInnen versuchen, auf die SchülerInnen einzuwirken. Zudem sei zu beklagen, dass sich die Schülerinnen und Schüler für Demokratieerziehung schwer gewinnen ließen.

Generell wurde geäußert, es gebe eine Vielzahl von Projekten, aber es sei schwer, darüber einen Überblick zu bekommen.

In folgenden Bereichen sollten Angebote intensiviert bzw. geschaffen werden:

- interkulturelle Arbeit
- Mitternachtssport für Jugendliche

6.6.1 Wie wird die Ausstattung mit Projekten im Bereich Toleranz und Akzeptanz beurteilt?

Vorhandene Ressourcen stellten Polis* dar, das Schüler-Eltern-Netzwerk „MUT“ (<http://www.skorka-berlin.de/MUT/index2.htm>) und auch die lokale Antifa. Generell gebe es ein gutes Netz an Einrichtungen, die bereits vernetzt seien. Auch die Vernetzung mit dem Schulbereich funktioniere gut; die Ressortschranken seien bereits überwunden.

Besonders in den Gymnasien gebe es Projektstage; engagierte Schülergruppen engagierten sich z.B. bei der Verlegung von Stolpersteinen. Der Bezirk könne dies durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ideell unterstützen.

Die Jugendgerichtshilfe belegt Jugendliche mit Auflagen wie z.B. den Besuch eines Toleranz-Seminars bei pad e.V., themenzentrierte Gespräche in der Jugendgerichtshilfe oder den Besuch eines Konzentrationslagers mit anschließendem Erfahrungsbericht. Möglich sind auch Betreuungseinweisungen oder kurzzeitige Betreuung bei Mittendrin e.V. (<http://www.ev-mittendrin.de/>) oder pad e.V.

6.6.2 Gibt es ausreichende Projekte und Aktivitäten im Hinblick auf das interkulturelle Zusammenleben?

Als Projekte werden genannt:

- der interkulturelle Garten (<http://www.stiftung-interkultur.de/berlin>),
- die interkulturelle Woche im Rahmen der interkulturellen Jugendarbeit (<http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/verwaltung/jugend/jugendarbeit.html>),
- das Fünf-Kontinente-Fest (<http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Stadtteilfest-5-Kontinente-in-Marzahn-Nordwest.3905.0.html>),

- das „Haus Babylon“ mit Projekttagen zu interkulturellen Themen und Gesprächsrunden zur antirassistischen Arbeit und der Gewaltprävention (<http://www.haus-babylon.de/>)
- das „Haus Sonneneck“ und sein Engagement in der internationalen Jugendbegegnung (<http://www.kids-und-co.de/>),
- Schulkooperationen,
- bilinguale Kitas und Projekte zur Interkulturalität in Kitas,
- die Arbeit der Integrationsbeauftragten

Einrichtungen bzw. Aktivitäten seien durchaus vorhanden; Nachholbedarf wird jedoch in der Qualitätsentwicklung gesehen. Verwiesen wird auch auf das Bezirksliche Integrationsprogramm, das partizipativ angelegt worden sei.

Der Bereich interkultureller Arbeit dürfe man nicht bei der Vermittlung von Stereotypen und im Folkloristischen stecken bleiben. Im Sinne des Diversity-Ansatzes dürften die Menschen nicht auf ihre Herkunft reduziert werden.

Eine Problemgruppe wird in jungen männlichen Spätaussiedlern mit großen Integrationsproblemen gesehen. Generell lebten Migrantinnen und Migranten häufig in eigenen Communities und seien schwerer erreichbar. Problematisiert wurde auch, dass Eltern zu Kita-Elternnachmittagen gelegentlich mit Landser-Pullovern erschienen seien und nur schwer motiviert werden konnten, diese zu verdecken.

6.6.3 Wird der Bedarf an politischer Bildung und Demokratieerziehung sowie bzgl. Gleichstellungsfragen gedeckt?

Auf bereits vorhandene Aktivitäten wird verwiesen, wie z.B.

- die Aktionswoche für jugendliches Freiwilligenengagement „PULS“ (<http://www.kijubue.de/puls-berlin-2010-aktionswoche-f%C3%BCr-junges-freiwilligenengagement>),
- den Bezirks-Schülerbeirat,
- die U18-Wahlen (<http://www.roter-baum.de/u18-wahl>),
- Einrichtung eines regionalen Bildungszentrums für Lehrerinnen und Lehrer vor zwei Jahren,
- „Schöner leben ohne Nazis“: Hierbei sei es gelungen, an Jugendkultur anzuknüpfen (<http://www.schoener-leben-ohne-nazis.de/>)

Die Beteiligungsstrukturen in allen Einrichtungen für Jugendliche müssten gestärkt werden. Da es ziemlich schwierig sei, Jugendliche zu aktivieren, müssten Peer-Helfer-Projekte verstärkt umgesetzt werden.

Problematisiert wurde, dass die Schule bei der Frage, was sie im Hinblick auf Einstellungen bewirken könne, überschätzt werde. Zudem würden Angebote von Schülerin-

nen und Schülern abgelehnt (wie beispielsweise der Besuch eines Seminars in der Wannsee-Villa). Es herrsche unter Schülerinnen und Schülern eine politische Gleichgültigkeit vor.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe es eine Queer-Ausbildung gegeben, dieses Angebot müsse ausgebaut werden. Mit Homophobie-Projekten würden sich Ost-SozialarbeiterInnen schwer tun, denn es herrsche die Einstellung „wir sind alle gleich“ vor.

Generell seien mehr Projekte in Schulen nötig; diese sollten jedoch praxisorientiert sein. Bei Fortbildungen von Einrichtungen wäre es hilfreich, die gesamte Belegschaft einzubeziehen.

6.6.4 Gibt es ausreichende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus?

Verwiesen wird auf die Aktivitäten von Polis*, dem Roten Baum und internationalen Jugendaustauschen. Zudem gebe es ein gutes Netz an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und engagierte StreetworkerInnen, um Kinder und Jugendliche aufzufangen, bevor sie in rechtsextreme Strukturen abrutschen. Es gebe ein Klima des Engagements: So habe sich bspw. die BVV dafür engagiert, dass Schülerinnen und Schüler den „Zug der Erinnerung“ am Bahnhof Friedrichstraße besuchen konnten.

In Zukunft könnten sich die Probleme bezüglich Arbeitslosigkeit und niedriger Einkommen noch verschärfen, denn es sei erkennbar, dass immer mehr Menschen mit wirtschaftlichen Problemen aufgrund der niedrigen Mieten in den Bezirk zuwandern würden. Mit fortschreitender sozialer Segregation könne die Ethnisierung sozialer Konflikte fortauern.

Im Rahmen des Aktionsplans solle man sich nicht nur auf den Themenbereich Rechtsextremismus konzentrieren, denn die Verankerung rechter Einstellungen im Alltag sei das Hauptproblem.

6.6.5 Wie ist es um Beratungsmöglichkeiten von MitbürgerInnen bestellt?

Durch Polis*, die Stadtteilzentren und die Kinder- und Jugendhilfezentren werde der Bedarf gedeckt. Zudem gebe es im Quartiersmanagement und in den Bürgerämtern weitere Anlaufstellen.

Vielen Menschen seien die Beratungsmöglichkeiten nicht bekannt. Ein weiteres Problem sei die Vielfalt der Beratungsmöglichkeiten. Es sei notwendig, diese zusammenzufassen und den Menschen übersichtlich verfügbar zu machen. Nötig seien auch Informationsveranstaltungen für MultiplikatorInnen.

6.6.6 Wo wird der größte Handlungsbedarf gesehen?

Die Prävention und die Stärkung demokratischer Strukturen stehen im Vordergrund. Denn das Problem bestehe im Rassismus in der „Mitte der Gesellschaft“ und in einer Reserviertheit gegenüber „dem Fremden“. Allerdings dürfe man den Lokalen Aktions-

plan nicht überfordern, denn dieser könne nur einen Impuls liefern; langfristige Lösungen seien jedoch anders zu finanzieren. Wichtig sei die Kooperation mit dem Center-Management und der Polizei.

Besonders in den Blick müssten Kinder genommen werden, da hier die Verhaltensweisen noch nicht gefestigt seien. Daher sei der Kita-Bereich schwerpunktmäßig zu bearbeiten. Da die Fluktuation der MitarbeiterInnen in den Kitas sehr hoch sei, müssten die Eltern stärker einbezogen werden.

Häufig wurde das Argument vorgebracht, dass die Aufklärung und Schulung von Eltern verstärkt werden müsse. Hierbei sei auch die Großeltern-Generation einzubeziehen.

An der Schnittstelle zwischen Kitas und Schulen sei der Dialog der Fachkräfte zu forcieren. Die SchulleiterInnen müssten auf die vorhandenen Ressourcen aufmerksam gemacht werden; entsprechende Angebote müssten aufgelistet und mit schnellem Zugriff versehen werden.

Weitere Nennungen:

- Die Ursachen sollten stärker erforscht werden.
- Der Armut müsse entgegen gewirkt werden.

6.7 Weitere Handlungsnotwendigkeiten

Als weitere Handlungsfelder benannten die Expertinnen und Experten:

- Den Kampf gegen Diskriminierung, auch wenn die Bezirksverwaltung schon sensibilisiert sei.
- Demokratie und Partizipation seien in den Kitas, Schulen und Einrichtungen positiv erlebbar zu machen. Neben Partizipationskompetenz müsse dem „Empowerment“ großer Stellenwert eingeräumt werden.
- Wie erreichen wir die Unerreichbaren; sind Freiwilligen-Agenturen ein Weg?
- Einbezug der Vermieter: Viele sozial schwache Familien würden zuziehen, eine „Ghettobildung“ müsse vermieden werden. Auf eine Mischung sozialer Schichten müsse geachtet werden. Die Kooperation von Vermietern und Mietern sei zu stärken.
- Wichtig sei die Überführung von Projekten in die Regelfinanzierung und die Vermeidung von „Projektitis“.
- Als Akteure seien einzubeziehen: interkulturelle Verbände, Workshops für Erzieherinnen und Erzieher, Beratung von Jugendeinrichtungen durch die Polizei.
- Streetwork spiele eine große Rolle, da viele Jugendliche von stationären Angeboten nicht erreicht würden.

7 Empfehlungen

Der Lokale Aktionsplan Hellersdorf-Nord und -Ost sollte auf den Erfahrungen, die im Lokalen Aktionsplan Marzahn-Mitte gemacht worden sind, aufbauen, erkannte Stärken nutzen und mögliche Schwächen überwinden. Wertvolle Hinweise liefert hierzu die Auswertung „Drei Jahre Lokaler Aktionsplan Marzahn-Mitte. Ausgewählte Projektbeispiele und Entwicklungsperspektiven (Vgl. Aumüller u.a. 2010).

7.1 Im Bereich Projektorganisation

Zunächst einmal ist es sehr schwer, das Ziel der Nachhaltigkeit mit den Projektstrukturen (drei Jahre Laufzeit und ein begrenzter finanzieller Rahmen) zu verbinden. Ein Großteil der für Marzahn-Mitte identifizierten Probleme hat mit der Programmstruktur und den Finanzierungsbedingungen (jährliche Bewilligung, hoher bürokratischer Aufwand) zu tun, die im Widerspruch zu einer langfristigen Qualitätsentwicklung stehen. Daher sollte für den Lokalen Aktionsplan Hellersdorf-Nord und -Ost darauf geachtet werden, dass keine nur kurzfristig bestehenden neuen Projektstrukturen geschaffen werden – gar mit befristeten und prekären Beschäftigungsbedingungen für die beschäftigten MitarbeiterInnen. Vielmehr sollten bereits im Feld tätige Akteure mit Hilfe der Mittel aus dem Aktionsplan gestärkt werden.

Gute Erfahrungen wurden mit dem Instrument des Begleitausschusses gemacht. Allerdings ist eine stärkere Vertretung zivilgesellschaftlicher Akteure (konkret: Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Bundesagentur für Arbeit) zu empfehlen. Die bewährte Zusammenarbeit mit dem Center-Manager und dem Präventionsbeauftragten der Polizei sollte fortgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften ist zu suchen, um der gefürchteten sozialen Segregation zu begegnen und ein bessere Durchmischung der Mieterstruktur zu erreichen.

Von vielen Akteuren wurde beklagt, dass es eine Vielfalt an Angeboten inklusive Beratungsmöglichkeiten gebe, dass aber der Überblick fehle. Daher sollten übersichtliche und leicht zugängliche Informationsangebote geschaffen bzw. zielgruppengerecht aufbereitet werden. Wichtig ist dabei, dass der Themenbezug zu Demokratie und Toleranz im Vordergrund steht. Es geht also nicht darum, eine erneute Aufzählung von Freizeiteinrichtungen und Schulen zu machen und beiläufig zu erwähnen, wo auch internationale Jugendbegegnungen stattfinden. Vielmehr sollten unter dem Stichwort Jugendbegegnung alle Angebote aufgelistet und beschrieben werden usw.

Das Patenschaftsmodell hat für eine gute Vernetzung der einzelnen Projekte mit dem Begleitausschuss geführt – allerdings zu Lasten der Kommunikation und Vernetzung der Projekte untereinander. Hier sollten die am Lokalen Aktionsplan beteiligten Akteure stärker den Austausch und die Vernetzung untereinander pflegen können.

7.2 Im inhaltlichen Bereich

Im Rahmen der Aktivitäten des Lokalen Aktionsplans Marzahn-Mitte erfolgte vor allem eine Konzentration auf das Handlungsfeld sozialer Integration, was den Vorteil der Anknüpfung an vorhandene Ressourcen hatte. Für eine Vertiefung im Bereich der präventiven Demokratieentwicklung sind vor allem drei Anregungen des Teams um Prof. Dr. Roland Roth aufzunehmen: eine stärkere Betonung der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung in Kitas und Schulen (inklusive Forcierung der Elternarbeit); ein besseres Management der Übergänge von Kitas in Schulen, zwischen Schulformen und vor allem zwischen Schule und Arbeitswelt; und eine präventive Demokratieentwicklung.

In der Fachwelt besteht Konsens darüber, dass eine Prävention von Aggression, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen bereits im Kindesalter ansetzen muss, da Komponenten von Vorurteilen bereits im Vorschulalter beobachtet werden können. Zu empfehlen wäre daher, ErzieherInnen in Kitas und GrundschullehrerInnen mit dem Konzept der vorurteilsbewussten Erziehung und Bildung vertraut zu machen und dieses in ihre tägliche Praxis einfließen zu lassen. Die nötige Expertise ist in Berlin vorhanden (siehe hierzu: <http://www.kinderwelten.net/index.php>).

Zum Thema Übergang Kita – Schule wurde im Rahmen der Experteninterviews die Forderung aufgestellt, den Dialog zwischen den Fachkräften der Kitas und der Schulen zu intensivieren. Darüber hinaus muss insbesondere der Übergang von der Schule in die Berufswelt in den Blick genommen werden. Denn die Berufsorientierung der Kinder und Jugendlichen setzt üblicherweise zu spät ein. Daher wäre eine Kooperation zwischen Schulen und der Bundesagentur für Arbeit anzuregen, um dieses Übergangsmangement besser zu gestalten und die Jugendlichen mit dem nötigen Know-how zu stärken. Vorbildcharakter könnte dem „Berliner Programm vertiefte Berufsorientierung“ (BVBO) zukommen (<http://www.bvbo-berlin.de>). Ziele des Programms sind die Vertiefung von Erfahrungen mit der Arbeitswelt und den Hochschulen, eine Feststellung der Eignung, eine Verbesserung des beruflichen Entscheidungsverhaltens und die Nutzung des entsprechenden Beratungs- und Unterstützungsangebots. In Marzahn-Hellersdorf nimmt an diesem Angebot bislang lediglich die Rudolf-Virchow-Oberschule als einzige Schule teil.

Auf der Ideenkonferenz zum Lokalen Aktionsplan Hellersdorf-Nord bzw. –Ost am 21. Oktober 2010 wurde von einer großen Zahl von Akteuren ein allgemeines Desinteresse am politischen Geschehen sowie am unmittelbaren Umfeld beklagt. Um Demokratie stärker zu entwickeln, könnte ein „Demokratie-Audit“ das Mittel der Wahl sein (vgl. Roth, Roland: Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie). Anhand eines ausführlichen Fragenkatalogs kann die Qualität der demokratischen Praxis in einer Einrichtung, einer Schule oder einer Kommune bewertet werden. Die Auswertung kann dann Ausgangspunkt für längerfristige Qualitätsverbesserungen sein. Es geht also nicht nur darum, eine konkrete Aktion, wie einen Bürgerhaushalt oder ein Schülerparlament zu machen, sondern um einen systematischeren und nachhaltigeren Ansatz.

Möglicherweise macht es Sinn, dieses Audit modellhaft in einer Schule durchzuführen und die Ausweitung auf weitere Einrichtungen oder den Bezirk im Lichte der Erfahrungen zu prüfen.

Die Konzentration auf wenige Themenfelder empfiehlt sich auch aufgrund der begrenzten Projektmittel. Zudem wird sie inhaltlich dem Bedarf gerecht, der von den Expertinnen und Experten in den Interviews und während der Ideenkonferenz geäußert wurden: Die vorurteilsbewusste Erziehung und Bildung begegnet präventiv dem vielfach beklagten Alltagsrassismus und der zunehmenden Gesellschaftsfähigkeit von Fremdenfeindlichkeit. Die stärkere Vitalisierung der Demokratie ist aufgrund der beklagten allgemeinen Gleichgültigkeit notwendig – dies auch aufgrund der Tatsache, dass die Wertevermittlung im Elternhaus als defizitär erlebt wird. In diesem Bereich kommt es entscheidend darauf an, dass Demokratie und Partizipation in den Einrichtungen vorgelebt wird. Eine rein curriculare Vermittlung ohne das Vorleben in der Praxis ruft die vielfach beklagten Abwehrreaktionen von Schülerinnen und Schülern hervor.

Die Stärkung der Kompetenzen beim Übergang insbesondere von der Schule in den Beruf wurde weder in den ExpertInneninterviews noch auf der Ideenkonferenz explizit thematisiert und ist insofern als externer Impuls zu betrachten. Das „Empowerment“ in diesem Bereich ist aufgrund der Sozialstruktur des Bezirks dringend erforderlich, denn um den Übergang zu schaffen, müssen die Jugendlichen gestärkt werden. Zudem wird in Gesprächen vielfach geschildert, welche Hemmschwelle es für die Jugendlichen darstellt, wenn sie aufgrund ihrer beruflichen Ausbildung den Bezirk verlassen müssen, um eine Berufsschule oder einen Ausbildungsort zu besuchen. Daher sollten sie bereits in der Schule adäquat vorbereitet werden.

Literaturverzeichnis

Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank/Lenhardt, Karin/Roth, Roland (2010): Drei Jahre lokaler Aktionsplan Marzahn-Mitte, Berlin.

Bezirksamt Marzahn- Hellersdorf von Berlin (2010): Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf – Eine kleinräumig statistische Analyse der demographischen Entwicklung seit dem Jahr 2000 sowie ausgewählter aktueller sozialer Prozesse auf der Ebene der Stadtteile (Bezirksregionen) und Sozialräume (Planungsräume) - Teil 1: Stadtteilvergleich, Berlin.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (2009): Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen. Schuljahr 2008/2009, Gesundheitsberichtserstattung Marzahn-Hellersdorf. Berlin.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (2009): Stadtteilportraits 2008 Marzahn-Hellersdorf. Stadtteil Hellersdorf-Ost. Berlin.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (2009a): Stadtteilportraits 2008 Marzahn-Hellersdorf. Stadtteil Hellersdorf-Nord. Berlin.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (2010): Demografische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2009. Berlin.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (2010a): Basisbericht Soziale Lage 2009. Berlin.

Brumlik, Micha/ Hagemann, Steffen (2010): Autoritäres Erbe und Demokratisierung der politischen Kultur : Festschrift für Hajo Funke. Schriftenreihe Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Schrift 11. Berlin.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin.

Hilgers, Heinz/Sandvoss, Uwe/Jasper, Christin (o.J.): Von der Verwaltung der Kinderarmut zur frühen umfassenden Hilfe, in: Handbuch Kommunalpolitik. Dr. Josef Raabe-Verlag.

Kommunalpolitisches Forum (2010): Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf. Ein Beitrag zur integrierten Sozialberichterstattung. Berlin.

Meinlschmidt, Gerhard (Hg.) (2009): Sozialstrukturatlas Berlin 2008 .Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und –planung. (Homepage: <http://www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/index.html>).

Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration (2006): Analyse der Ergebnisse von NPD und „Die Republikaner“ bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006. Berlin.

Polis* - Bezirksliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf (2008): Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen. Auswertung 2008. Berlin.

Polis* - Bezirksliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf (2009): Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen. Auswertung 2009. Berlin.

Polizeipräsident (2008): Lagedarstellung der politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2007. Berlin.

Polizeipräsident (2010): Lagedarstellung der politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2009. Berlin.

Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin - FES Projekt gegen Rechtsextremismus.

Roth, Roland (o.J.): Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-BFDEBFE6-59DB03DB/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf).

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim.

Schoeps, Julius Hans (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. 2. Auflage Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres - Abteilung Verfassungsschutz (2005): Ergebnisse extremistischer Parteien in Berlin Bundestagswahl 2005, Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres - Abteilung Verfassungsschutz (2006): Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin – Berliner Wahlen 2006. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres - Abteilung Verfassungsschutz (2006a): Rechte Gewalt in Berlin. Studienreihe „Im Fokus“. 2. Auflage, Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres - Abteilung Verfassungsschutz (2007): Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006. Studienreihe „Im Fokus“. Berlin.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2010): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2009 – Fortschreibung für den Zeitraum 2007-2008. Berlin. (http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2009/Broschuere_Monitoring_SozStadt2009.pdf).

Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (2010): Stimmenanteile Marzahn-Hellersdorf, <http://bv.vdk-berlin.de>, eingesehen am 27. November 2010.

Anhang – Experteninterviews

Leitfadengestützte Interviews wurden mit Akteuren aus folgenden Bereichen geführt:

- Babel e.V.
- Berufsorientierungsprojekt im Haus Sonneneck
- Bezirkliche Koordinierungsstelle Polis*
- Bezirksamt, Fachbereich Stadtplanung
- Bezirksamt: Integrationsbeauftragte
- Bezirksamt: Kitas
- Bezirksamt: Sozialberichterstattung
- Bezirksstadtrat für Schule, Sport und Finanzen
- Bezirksstadträtin für Jugend und Familie
- Caspar-David-Friedrich-Schule (Modellprogramm Demokratie lernen und leben)
- Center-Management Helle Mitte
- Evangeliums-Christengemeinde (Projekte für junge Aussiedler)
- Gebietsbeauftragte Stadtentwicklung
- Integrationsprojekte Jean-Piaget-Schule
- Jugendberatungshaus XXL (Kooperationsprojekte mit Jobcenter)
- Jugendgerichtshilfe Hellersdorf-Nord
- OSZ Gesundheit II Hellersdorf
- Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade
- Streetwork Hellersdorf-Nord